

## **Protestantismus im geteilten Deutschland. Forschungsperspektiven**

**Veranstalter:** DFG-Forschergruppe 1765 „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“  
**Datum, Ort:** 06.07.2015–07.07.2015, Göttingen  
**Bericht von:** Teresa Schall, Evangelisch-Theologische Fakultät, Ludwig-Maximilians-Universität München; Georg Kalinna, Evangelisch-Theologische Fakultät, Georg-August-Universität Göttingen

Die Tagung fand im Rahmen der seit 2013 in München und Göttingen ansässigen DFG-Forschergruppe „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“ statt. Diese Forschergruppe beschäftigt sich aus interdisziplinärer Perspektive mit der Rolle des Protestantismus in der Bonner Republik, für deren Verständnis ein Blick auf die Verbindungslinien zur DDR unerlässlich ist. Anhand exemplarischer Themen widmete sich die Tagung der Frage, welchen Einfluss der Protestantismus in Kontroversen in Ost und West hatte und welche Rückwirkungen auf die Gestalt des Protestantismus zu verzeichnen waren. Die Tagung begann mit historischen Fachvorträgen zu übergreifenden Themen und wurde tags darauf mit Referaten und Koreferaten fortgeführt, die sich an den Themenschwerpunkten der Forschergruppen-Projekte orientierten. Das Zeitzeugengespräch zwischen Wolf Krötke und Horst Hirschler sowie der öffentliche Vortrag von Jürgen Schmude sorgten nicht nur dafür, dass die historische Arbeit anschaulich wurde, sondern eröffneten weitere Perspektiven für die historiographische Arbeit.

Den Auftakt der Tagung bildete der Vortrag von CLAUDIA LEPP (München): „'Märtyrer' oder ‚verkappte Edelkommunisten‘? Motive kirchlicher Übersiedler in die DDR während der 1950er-Jahre“. Darin beschäftigte sie sich mit den circa ein- bis zweitausend Theologiestudierenden, Pfarrern und Diakonen, die den Westen verließen, um in die SBZ/DDR zurückzukehren oder sich dort neu niederzulassen. Auf Basis von Zeitzeugenbefragungen und archivalischen Quellen folgte sie den Ansätzen einer „asymmetrisch

verflochtenen Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann), der sozialhistorischen Migrationsforschung und der Oral History. Hierbei beleuchtete die Historikerin unterschiedliche Aspekte wie das starke Misstrauen und die Abschottungshaltung der SED, die ambivalente Haltung der westlichen Landeskirchen, die familiäre Situation sowie die zeitliche und regionale Migrationsschwerpunkte. Zudem thematisierte sie die besondere Motivation der innerkirchlichen Migration.

BENEDIKT BRUNNER (Münster) stellte im Anschluss einen Einblick in seine Forschungen zum „Volkskirchenbegriff“, der sich auf Ost- und Westdeutschland zwischen 1949 bis 1969 konzentrierte. Er fragte dabei nach dem Mythos einer ostdeutschen Avantgarde. Der Historiker setzte den Begriff „Volkskirche“ in eine Doppelsemantik: Demnach fungiere der Volkskirchenbegriff von einem als „Kampfbegriff“ in Abgrenzung gegenüber anderen kirchlichen Formen einerseits und als einem „Integrationsbegriff“ „für das Volk, im Volk, aus dem Volk“ andererseits. Die Geschichte der Volkskirche sei die Geschichte, die die Protestanten über sich selbst erzählten. Daher unterschied er drei Analyseebenen zur Fassung des Volkskirchenbegriffs: Die Ebene von Kirche und Staat, von Kirche und Gesellschaft und auf die praktische Ebene der Kasualien Taufe und Konfirmation.

HENNING THEIßEN (Greifswald) befasste sich in seinem Vortrag „Die Regionalisierung der Evangelischen Kirche der Union (1970/72). Ein unerforschtes Kapitel zum Thema Gemeinschaft im geteilten Deutschland“ mit der evangelischen Kirchentheorie. Diese stehe in der Tradition der evangelischen Theologie stets in der Gefahr, die Institution Kirche rein geistig zu überhöhen. Hiervon ausgehend nahm Theißen theologische Tendenzen innerhalb der Evangelischen Kirche der Union (EKU) auf, um anhand des zeitgenössischen Gemeinschaftsbegriffs ein neues Licht auf die Kirchentheorie zu werfen. Hierzu unterschied Theißen idealtypisch zwischen der „Gemeinschaft des Volkes“, der „Gemeinschaft des Zeugnisses“ und der „Gemeinschaft des Auftrages“. Im Ergebnis beobachtete Theißen im Ost- und Westteil der EKU zunehmend auseinander driftende Gemeinschaftskonzepte.

---

VERONIKA ALBRECHT-BIRKNER (Siegen) hob in ihrem Vortrag „Weichenstellungen in der politischen Ethik des Protestantismus in der DDR in den 1970er-Jahren und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis des BEK zur EKD in den 1980er-Jahren“ hervor, wie sich der SED-Staat theologische Denkmuster zu eigen machen und so Theologen für die eigene Politik instrumentalisieren konnte. Nicht nur die Zwei-Reiche-Lehre, sondern auch die Königsherrschaft Christi hätten so zu möglichen Begründungen von Systemkonformität werden können. Sie betonte außerdem, dass das links-/konservativ-Schema des westdeutschen Protestantismus nicht umstandslos auf die theologischen Verhältnisse in der DDR anzuwenden sei.

Während die Vorträge des ersten Tages sich schwerpunktmäßig mit der DDR befassten, kommentierten am zweiten Tag Mitarbeitende der Forschergruppe aus westdeutscher Perspektive Referate von Gastreferenten, die sich mit der Positionierung des Protestantismus zu wichtigen gesellschaftlichen Themen in der DDR befassten. So konnten beide Perspektiven aufeinander bezogen werden.

MARKUS WUSTMANN (Leipzig) thematisierte anhand der Integration von Ostvertriebenen in der DDR die Tabuisierungspolitik der SED im Hinblick auf Flucht und Vertreibung, die die Staatsführung auch auf den Kirchenraum ausdehnen wollte, was eine Integrationsdebatte der Kirchen in der DDR massiv beeinträchtigte. Trotz der Schwierigkeiten, den gesellschaftlichen Diskurs in der DDR mitzubestimmen, übernahm die Kirche eine wichtige Funktion als Ventil in Form einer Gegenöffentlichkeit, die beispielsweise in Form von Rundbriefen und seelsorgerlichen Gesprächen wahrgenommen werden konnte. Entgegen aller Verbote konnte und wollte die Kirche nicht auf eine Ansprache der Vertriebenen verzichten, sie war auch nicht an einem „Stellvertreterkonflikt“ mit der DDR-Regierung interessiert. Das Interesse an der organisierten Vertriebenen-seelsorge nach 1953, als die antikirchliche Repression einen Höhepunkt erlebte, merkbar zurück. Grund dafür war, neben der Flucht vieler Vertriebenen in den Westen, die Wirkung des arbeitsgesellschaftlichen Integrationskonzepts der SED. FELIX TEUCHERT (Mün-

chen) kommentierte dahingehend, dass sich im Gegensatz zur DDR in der Bundesrepublik auf vielen verschiedenen Ebenen eine kirchliche Mitwirkung bei der Vertriebenenintegration zeigte, die auch staatlicherseits eingefordert wurde: Stellungnahmen der EKD waren ebenso ausdrücklich erwünscht wie die Bereitstellung von Foren für gesellschaftliche Debatten, die praktische Betreuung von Vertriebenen oder die Vertriebenen-seelsorge. Die sogenannte Ostdenkschrift der EKD von 1965 bekam auch wichtige Impulse von ostdeutschen Mitgliedern der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung. Die Bischöfe Ostdeutschlands stimmten der Denkschrift zwar zu, ohne aber eine offizielle Stellungnahme dazu abzugeben. Insgesamt ermöglicht die Denkschrift einen Blick auf den Ideentransfer zwischen Ost und West.

THOMAS WIDERA (Dresden) sprach im Anschluss über das Verhältnis von evangelischer Kirche und Kriegsdienstverweigerung in der DDR. Er zeigte auf, in welcher Form der Begriff der Gewissensfreiheit ein Grundproblem für den totalitären Staat wurde. Als die SED mit den sogenannten Baueinheiten unbewaffnete Truppen in die Nationale Volksarmee integrierte, reagierten die Kirchen in der DDR mit der Handreichung „Zum Friedensdienst der Kirche. Eine Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtigen“. Die von der Kirche eingerichtete Arbeitsstelle „Friedensfragen“ habe, so die Analyse Wideras, als Ressource für die spätere Friedensbewegung fungieren können. Die verfassungsrechtliche Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit habe – so das Fazit – langfristig einen subversiven Einfluss gehabt, der nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte seine Wirkung entfaltet habe. HENDRIK MEYER-MAGISTER (München) kommentierte den Vortrag von Widera unter zwei Gesichtspunkten: *Erstens* sei die Debatte um die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in der Bundesrepublik nicht derart politisch aufgeladen gewesen wie in der DDR. Die Einrichtung der Bausoldaten habe das Thema in einer Weise politisiert, wie es in der Bundesrepublik nicht üblich gewesen sei. In der DDR dagegen habe die Verweigerung von Anfang an den Charakter oppositionellen Verhaltens erhalten. Meyer-Magister

schlug *zweitens* vor, den Ideentransfer zwischen West und Ost in der Friedensfrage als „doppelten Ausgang“ der kirchlichen Kriegsdienstverweigerungsdebatte in den 1950er-Jahren zu begreifen. Einer in der Bundesrepublik vertretenen statischen Auslegung der Heidelberger Thesen aus dem Jahr 1959 stehe dann eine dynamische Interpretation gegenüber.

SYLVIE LE GRAND-TICCHI (Paris) zeigte, wie sich die kirchenpolitische Oppositions- und Widerstandshaltung der Kirchen in der DDR im Kirchenbau gewissermaßen in materialisierter Form niedergeschlagen hat. Anhand des Beispiels von Eisenhüttenstadt, der Vorzeigestadt des Regimes, behandelte sie das Schicksal einer Kirchengemeinde vom Bau einer ersten Barocke bis hin zum Bau eines Gemeindezentrums. In seinem Kommentar ging PHILIPP STOLTZ (München) auf den Kirchbautag als ein Forum des gedanklichen Transfers zwischen West und Ost ein. Obwohl der Kirchbautag als gesamtdeutsche Einrichtung schnell die Differenzen zwischen Ost und West deutlich gemacht habe, habe hier ein beachtlicher gedanklicher Austausch stattgefunden. Außerdem habe es Verbindungen auf der konkreten Gemeindeebene gegeben, beispielsweise in der Versöhnungskirchengemeinde Berlin.

Der Vortrag von MARTIN FISCHER (Erfurt) behandelte die kirchliche Ehe- und Familienberatung in der DDR. Das sozialistische Familienbild sei durch Gleichberechtigung, das Zusammenspiel der drei Komponenten von Familie, Gesellschaft und Arbeitswelt und der Erziehung der Kinder zu sozialistischen Persönlichkeiten gekennzeichnet gewesen. Kritik von Seiten der Kirchen wurde beim Schwangerschaftsabbruch, der schon früh als legitimes Mittel der Familienplanung galt, beim Scheidungsrecht und der sozialistisch-atheistischen Erziehung der Kinder laut, weshalb in der Jugendarbeit und bei Ehevorbereitungs- und Eheseminaren ein christliches Ehebild vermittelt werden sollte. Gerade hier wurde auf das Angebot der Eheberatungsstellen verwiesen, die mit der Einrichtung des Evangelischen Zentralinstituts für Familienberatung 1964 in Berlin die Verbindung zur DDR aufrecht erhielten. SARAH JÄGER (München) betonte daran an-

schließend den hohen Grad der Institutionalisierung der Ehe- und Familienberatung im Westen und ging auf deren Arbeit ein, die in Übereinstimmung mit familienpolitischen Interessen des Staates stand, sowohl im Bereich der Zentrierung auf Ehe und Familie als auch im Bereich der Geschlechterordnung. Die Lebensformen Ehe und Familie wurden als Aufgabe zur Gestaltung begriffen, zu der auch Jugendliche entsprechend erzogen werden mussten. Darin lasse sich eine eindimensionale Sicht auf Ehe und Familie in den 1950er-Jahren erkennen. Innerhalb des Protestantismus habe die Evangelische Ehe- und Familienberatung eine wichtige Rolle gespielt, was sich an der deutlichen Beteiligung an der Denkschrift für Sexualethik zeige. Unterstützung durch den Westen hätten die Ostkirchen in personeller, finanzieller und inhaltlicher Art erfahren.

Das Zeitzeugengespräch zwischen WOLF KRÖTKE und HORST HIRSCHLER, moderiert von CLAUDIA LEPP (München) und MARTIN LAUBE (Göttingen), sollte die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Kirchen nach dem Mauerbau 1961 beleuchten. Der Theologe Wolf Krötke berichtete von seiner Zeit als Studentenfarrer in der DDR, die auch nach dem Mauerbau und den sich verschlechternden Bedingungen für Pfarrer diese nicht verlassen wollte. Die Kirche empfand er als eine der freiesten Organisationen in der DDR. Durch seine Beziehungen in den Westen habe er die EKD nie als getrennte Kirche erfahren; auch deshalb nicht, weil er allezeit Unterstützung aus dem Westen bekommen habe. Die politische Dimension der Kirche in Ostdeutschland sah er darin, dass das demokratische Bewusstsein gepflegt worden sei und demokratische Impulse wie die Forderung nach Mitbestimmung und Mitverantwortung von ihr ausgegangen seien. Das Merkmal der Volkskirche in der DDR beschrieb er als einen engagierten Kern von Mitgliedern, der durch sogenannte Randsiedler ergänzt wurde. Horst Hirschler berichtete von seinen Besuchen in der DDR, die er zur Zeit des Mauerbaus begann. Die Kirche, wie sie sich in der DDR gezeigt habe, stelle für ihn den „Ernstfall“ von Kirche dar; sie sei „besonders glaubwürdig“ gewesen, da sie von dem „nationalen Grundbe-

---

wusstsein“ getragen worden sei, dass Christen zusammengehörten. In seinen Ausführungen ging er vor allem auf die Beziehungen zwischen dem Rat der EKD und der Kirchenleitung der DDR ein. Dabei standen nach 1989 die Verhandlungen um Kirchensteuer, staatlichen Religionsunterricht und die Anerkennung des Militärseelsorgevertrags im Fokus.

Für den Abendvortrag „Es hat sich politisch ausgewirkt. Die evangelische Kirche ist im geteilten Deutschland bei ihrer Sache geblieben: Sie hat sich eingemischt“ konnten die Organisatoren den SPD-Politiker und ehemaligen Justiz- und Innenminister JÜRGEN SCHMUDE gewinnen. Er war als Präses der EKD-Synode in seiner politisch und kirchlich exponierten Stellung an den Ereignissen um das Jahr 1989 prominent beteiligt gewesen. Mit dem „Mut zum Risiko“ stellte sich Schmude der Aufgabe, als Zeitzeuge über seine Beteiligung und seine Sicht auf den kirchlichen Beitrag zur friedlichen Revolution zu sprechen. Die SED-Forderung, die Kirche müsse sich aus politischen Fragen heraushalten und „bei ihrer Sache bleiben“, konterte Schmude mit dem Hinweis darauf, dass die Kirche nur „bei ihrer Sache bleiben“ könne, indem sie sich gesellschaftlich „einmische“. Schmude hob darüber hinaus die hohe Bedeutung der kirchlichen Partnerschaften zwischen Ost und West für den Verlauf der Wiedervereinigung hervor.

In ihrem Abschlusskommentar ging CLAUDIA LEPP (München) den Unterschieden, Gemeinsamkeiten und Verflechtungen des Protestantismus in Ost- und Westdeutschland nach und stellte mit einem Hinweis auf die Kommentare fest, dass der Transfer sowohl ideeller wie materieller Art zumeist vom Westen in den Osten verlaufen sei. Erst in den 1970er- und 1980er-Jahren ließen sich auch einzelne Transferprozesse vom Osten in den Westen erkennen, wie etwa in der Friedens- oder Umweltethik. Es erscheine lohnenswert, sich die verschiedenen Kontaktebenen noch genauer anzusehen, ebenso wie auch die verschiedenen Felder der Transfers. Die Historikerin betonte hier noch einmal die „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ von West- und Ostdeutschland, die es auch bei der Analyse des protestantischen Beitrages zu den ethischen Debatten in der

Bundesrepublik zu beachten gelte. CHRISTIANE KULLER (Erfurt) stellte fest, dass sich die Zeitgeschichtsforschung für die Jahre nach 1970 mehr und mehr von dem Begriff der „Verflechtung“ verabschiede, ohne aber schon einen letztgültig neuen Zugriff gefunden zu haben. Kuller stellte abschließend die Frage, wie man in zukünftigen Forschungen mit den Widersprüchen in Narrativen und Semantiken, wie sie sich anhand der Vorträge zeigten, umzugehen habe und ob es darüber hinaus nicht ratsam wäre, auch interregionale Akzente zu setzen, die über den nationalen Ost-West-Kontext hinausgingen.

Will man die unterschiedlichen in der Tagung angesprochenen Aspekte interpretieren, ließe sich mit aller Vorsicht sagen, dass es neben dem engen protestantischen Verbundenheitsgefühl zwischen West und Ost eine für die Betroffenen zunächst kaum wahrnehmbare, schleichende, Ausdifferenzierung gab. In mehreren Beiträgen kam zum Ausdruck, dass sich beide Teile trotz der politischen Trennung ihrer engen Verbindung miteinander bewusst waren und diese Verbindung auch unter wachsenden Widrigkeiten stets gepflegt haben. Gleichwohl zeigte sich, dass Ost- und West-Protestantismus trotz dieses Verbundenheitsgefühls erheblich durch ihre jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst wurden. Insbesondere hat sich auch gezeigt, dass der Protestantismus für die zeit- und kirchenhistorische Betrachtung ein besonders interessantes Forschungsobjekt ist. Denn es handelt sich hierbei nicht nur um eine zeitweise institutionelle Verbindung beider deutscher Staaten, sondern auch um eine Organisation, die aufgrund ihres Selbstverständnisses stets mit der Teilung konfrontiert und diese Teilung nicht leichtthin zu akzeptieren bereit war. Damit dürfte die Geschichte des Protestantismus in Ost und West weiterhin ein besonders interessanter Fall der Komplexität der Geschichte beider deutschen Staaten sein. So stellt sich abschließend die bei der Konferenz gestellte und nur schwer zu beantwortende Frage: Ist der deutsche Protestantismus in seinem vielschichtigen Mit- und Gegeneinander ein spannender *Sonderfall* des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR? Oder ist er gar *repräsentativer* für die Mentalität wei-

ter Gesellschaftsteile, als es die Geschichte der *Politik* beider Staaten deutlich machen kann?

**Konferenzübersicht:**

Claudia Lepp (München), „Märtyrer“ oder „verkappte Edelkommunisten“? Motive kirchlicher Übersiedler in die DDR während der 1950er-Jahre

Benedikt Brunner (Münster), Ostdeutsche Avantgarde? Der lange Abschied von der „Volkskirche“ in Ost- und Westdeutschland 1949–1969

Henning Theißen (Greifswald), Die Regionalisierung der Evangelischen Kirche der Union (1970/72). Ein unerforschtes Kapitel zum Thema Gemeinschaft im geteilten Deutschland

Veronika Albrecht-Birkner (Siegen), Weichenstellungen in der politischen Ethik des Protestantismus in der DDR in den 1970er-Jahren und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis des BEK zur EKD in den 1980er-Jahren

Markus Wustmann (Leipzig), Evangelische Kirche und die Integration von Ostvertriebenen in der DDR

*Kommentar:* Felix Teuchert (München)

Thomas Widera (Dresden), Evangelische Kirche und Kriegsdienstverweigerung in der DDR

*Kommentar:* Hendrik Meyer-Magister (München)

Martin Fischer (Erfurt), Kirchliche Ehe- und Familienberatung in der DDR

*Kommentar:* Sarah Jäger (München)

Sylvie Le Grand-Ticchi (Paris), Kirchenbau in der DDR

*Kommentar:* Philipp Stoltz (München)

Tagungsbericht *Protestantismus im geteilten Deutschland. Forschungsperspektiven*. 06.07.2015–07.07.2015, Göttingen, in: H-Soz-Kult 21.09.2015.